Verhandlungsschrift

aufgenommen bei der Sitzung des Gemeinderates der Gemeinde
St.Roman am Freitag, den 17. Juni 2011.

Tagungsort: Gemeindeamt St.Roman (Sitzungssaal)

Anwesend: Bürgermeister Berlinger Siegfried
Vizebürgermeister Kriegner Norbert
Gemeindevorstandsmitglied Breidt Johann
Gemeindevorstandsmitglied Wimmer Gerhard
Gemeindevorstandsmitglied Kropf Christian
Gemeinderatsmitglied Lang Herbert
Gemeinderatsmitglied Schasching Franz
Gemeinderatsmitglied Hamedinger Matthias
Gemeinderatsmitglied Mauthner Matthias
Gemeinderatsmitglied Max Josef
Gemeinderatsmitglied Kohlbauer Johann
Gemeinderatsmitglied Baminger Rudolf
Gemeinderatsmitglied Mauthner Paula
Gemeinderatsmitglied Grill Alfred
Gemeinderatsmitglied Fuchs Franz
Gemeinderatsmitglied Kriegner Christian
Gemeinderatsmitglied Doblinger Johann
Gemeinderatsersatzmitglied Höllinger Simone
Gemeinderatsersatzmitglied Razenberger Markus

Es fehlt: Gemeinderatsmitglied Beham Josef - entschuldigt
Gemeinderatsmitglied Baminger Johann - entschuldigt

Der Bürgermeister eröffnet um 20.00 Uhr die Sitzung und stellt
fest, dass

- a) die Sitzung von ihm einberufen wurde
- b) die Mitglieder des Gemeinderates zur Sitzung zeitgerecht eingeladen wurden, worüber der Zustellnachweis vorliegt und die Sitzung durch Anschlag an der Amtstafel kundgemacht wurde
- c) die Beschlussfähigkeit des Gemeinderates gegeben ist.
- d) die Verhandlungsschrift der letzten Sitzung des Gemeinderates während dieser Sitzung zur Einsicht aufliegt und Einwendungen gegen dieselbe bis Sitzungsschluss vorgebracht werden können.

Der Bürgermeister ersucht Gemeindesekretär Stadler das Protokoll zu führen.

T a g e s o r d n u n g

1. Prüfbericht BH-Schärding Rechnungsabschluss 2010
2. Prüfbericht Prüfungsausschuss
3. Kindergartenordnung
4. Kindergarten Tarifordnung
5. Festsetzung Gastbeitrag Kindergarten
6. Kanal-Wartungsverband Oberes Donautal
 - a) Beitritt u. Satzungen
 - b) Entsendung von Gemeindevertretern
7. Investitionsdarlehen - Änderung Rückzahlungskonditionen
8. Darlehensoptimierung
9. Badekartenermäßigung
10. Förderung Schulaktionen
11. Flächenwidmungsplanänderungen
12. Umstellung Heizsystem Volksschule
13. Vorstellung Projekt Sportzentrum
14. Errichtung Löschwasserbehälter Lehen
15. Förderung Lehrstellen
16. Photovoltaikanlagen auf öffentlichen Gebäuden
17. Allfälliges

1. Prüfbericht BH-Schärding Rechnungsabschluss 2010

Der Bürgermeister berichtet, dass der Rechnungsabschluss 2010 der Gemeinde am 26. April 2011 durch die Bezirkshauptmannschaft Schärding, Herrn Schmolz, bei der Gemeinde im Sinne der Bestimmungen der Oö. Gemeindeprüfungsverordnung 2008 und des § 99 der Oö. Gemeindeordnung auf Sparsamkeit, Wirtschaftlichkeit und Zweckmäßigkeit, sowie auf Übereinstimmung mit den bestehenden Vorschriften überprüft wurde. Entsprechend dem Schreiben der BH-Schärding vom 26.4.2011, Gem60-3-20-2011-SF, bringt der Bürgermeister dem Gemeinderat den diesem Schreiben angeschlossenen Bericht vollinhaltlich zur Kenntnis.

Der Gemeinderat nimmt die Ausführungen des Bürgermeisters bzw. den Prüfbericht zur Kenntnis.

2. Prüfbericht Prüfungsausschuss

Der Bürgermeister berichtet, dass am 20.05.2011 eine Prüfung des Prüfungsausschusses stattgefunden hat und bringt er dem Gemeinderat den diesbezüglichen Bericht vollinhaltlich zur Kenntnis.

Der Gemeinderat nimmt den Bericht einstimmig zur Kenntnis.

3. Kindergartenordnung

Der Bürgermeister berichtet, dass die Kindergartenordnung für den Kindergarten der Gemeinde St.Roman entsprechend den Bestimmungen des Oö. Kinderbetreuungsgesetzes 2007, LGBL.Nr. 39/2007, i.d.F. der Novelle 2010, LGBL.Nr. 59/2010 angepasst werden soll. Er weist darauf hin, dass insbesondere die Ferienzeiten und die Öffnungszeiten entsprechend der Bedarfserhebung angepasst wurden. Er bringt dem Gemeinderat sodann die neue Kindergartenordnung, gültig ab 1.9.2011 vollinhaltlich zur Kenntnis.

Der Bürgermeister beantragt der Gemeinderat möge vorliegender Kindergartenordnung die Zustimmung erteilen bzw. die alte Kindergartenordnung aufheben.

Der Gemeinderat stimmt dem Antrag des Bürgermeisters einstimmig, mittels Handzeichen, zu.

4. Kindergarten Tarifordnung

Der Bürgermeister führt aus, dass die Gemeinde die Tarifordnung für den Kindergarten auf Grund der Oö. Elternbeitragsverordnung 2011 anzupassen haben. Er weist darauf hin, dass der Besuch des Kindergartens lediglich für Kinder vor dem vollendeten 30 Lebensmonat, für Kinder ab dem Schuleintritt und für Kinder die über keinen Hauptwohnsitz in Oberösterreich verfügen kostenpflichtig ist. Er stellt hiezu fest, dass im Kindergarten der Gemeinde St.Roman davon derzeit niemand betroffen ist. Es wurde daher die Tarifordnung für den Kindergarten entsprechend der vom Land übermittelten Mustertarifordnung neu überarbeitet. Er bringt dem Gemeinderat sodann die neue Tarifordnung, gültig ab 1.9.2011, vollinhaltlich zur Kenntnis.

Der Bürgermeister beantragt der Gemeinderat möge vorliegender Tarifordnung die Zustimmung erteilen bzw. die alte Tarifordnung aufheben.

Der Gemeinderat stimmt dem Antrag des Bürgermeisters einstimmig, mittels Handzeichen, zu.

5. Festsetzung Gastbeitrag Kindergarten

Der Bürgermeister führt aus, dass gemäß § 13 der Oö. Elternbeitragsverordnung von der Hauptwohnsitzgemeinde des Kindes ein angemessener, nachvollziehbarer Gastbeitrag zu entrichten ist, sofern in der Hauptwohnsitzgemeinde kein bedarfsgerechtes Angebot zur Verfügung steht oder die familiäre Situation des Kindes oder das Kindeswohl den Besuch einer gemeindefremden Einrichtung erfordern.

Der Gastbeitrag hat gemäß § 13 Abs. 2

1. für ein Kind unter drei Jahren mindestens 150 % des Höchstbeitrages gemäß § 5 Z. 1 der Oö. Elternbeitragsverordnung (somit derzeit € 240,--),
2. für ein Kind über drei Jahren bis zum Schuleintritt mindestens 100 % des Höchstbeitrages gemäß § 5 Z 2 der Oö. Elternbeitragsverordnung (somit derzeit € 100,--) und
3. für ein Schulkind mindestens 50 % des Höchstbeitrages gemäß § 5 Z. 2 (somit derzeit € 50,--)

pro Monat, in dem die Kinderbetreuungseinrichtung geöffnet ist, zu betragen.

Der Bürgermeister beantragt der Gastbeitrag möge, entsprechend der angeführten gesetzlichen Bestimmung, für unter 1 angeführte Kinder mit € 240,--, für unter 2 angeführte Kinder mit € 100,-- und für unter 3 angeführte Kinder mit € 50,-- pro Monat festgesetzt werden.

Der Gemeinderat stimmt dem Antrag des Bürgermeisters einstimmig, mittels Handzeichen, zu.

6. Kanal-Wartungsverband Oberes Donautal

a) Beitritt u. Satzungen

Der Bürgermeister berichtet, dass es bereits seit 2008 Gespräche bezüglich Optimierung der Betreuung der Abwasserentsorgungsanlagen gibt. Unter fachlicher Begleitung durch die Direktion Umwelt und Wasserwirtschaft Abteilung Oberflächengewässerwirtschaft des Landes OÖ. wurden Varianten einer Zusammenarbeit besprochen und als Basis dafür die dem Gemeinderat in der heutigen Sitzung zur Beschlussfassung vorliegenden Satzungen erarbeitet. Er informiert den Gemeinderat sodann weiters wie folgt über den Verband:

Zweck des Verbandes

Zweck des Verbandes ist es, Betrieb, Wartung und Service unserer Abwasserentsorgungsanlagen bestmöglich zu koordinieren und u. a. durch die Spezialisierung der Mitarbeiter und die gemeinsame Nutzung der Gerätschaften mittelfristig sowohl Ressourcen zu schonen als auch Instandhaltungs- und Personalkosten zu optimieren und somit in Summe mittelfristig in Kosten zu sparen.

Gemeinden / Kläranlagen

Folgende Gemeinden/Kläranlagen sind in die KA-Kooperation eingebunden bzw. haben durch die oben angeführten Grundsatzbeschlüsse deren grundsätzliche Bereitschaft zur Zusammenarbeit bekundet:

nördlich der Donau:

KA Niederranna: Hofkirchen, Pfarrkirchen, Oberkappel

KA Neustift + Kramesau: Neustift

südlich der Donau:

KA Wesenufer: Waldkirchen

KA Engelhartzell: Engelhartzell, St.Aegidi, St.Roman

Personal und Gerätschaften:

Die Gemeinden Hofkirchen (3), Engelhartzell (1) und Neustift (0,5) bringen jeweils Arbeitskräfte in den Verband ein, wobei die Mitarbeiter aus Hofkirchen und Engelhartzell mittels Gestellungsvertrag in den Verband überstellt werden. Der Mitarbeiter aus Neustift wird zwar mit ca. 50% seiner Jahresarbeitszeit in den Verband eingebracht, aber nicht an diesen überstellt. Ein Mitarbeiter wird vom Verband zusätzlich aufgenommen, sodass dem Verband in Summe 5,5 Personaleinheiten zur Verfügung stehen.

Die bisher in der Kläranlage Niederranna vorhandenen Kanalwartungsfahrzeuge inkl. der eingebauten Gerätschaften werden vom Verband dem Zeitwert entsprechend übernommen.

Für die kaufmännischen Agenden gibt es noch keine eigene Geschäftsführung. Bis zur Einsetzung eines kaufmännischen Geschäftsführers werden organisatorische Agenden durch den Verbandsobmann und im geringfügigen Ausmaß (z.B. Buchhaltung, Personalverrechnung) vom Gemeindeamt Hofkirchen i.M. abgewickelt. Die Leistungen des Gemeindeamtes Hofkirchen i.M. werden entsprechend dem nachstehenden Aufteilungsschlüssel verrechnet.

Kosten / Aufteilungsschlüssel:

Der Kostenaufwand für die 5,5 Personaleinheiten im operativen Bereich des Verbandes und die notwendigen Fahrzeuge und Geräte wird auf ca. 270.000,- pro Jahr geschätzt.

Die anfallenden Kosten werden soweit direkt den Gemeinden bzw. deren Anlagen zuordenbar, auch diese verrechnet. Die verbleibenden Kosten werden entsprechend dem u. a. Kostenschlüssel aufgeteilt. Die Zuordnung obliegt dem Verbandsvorstand.

Der Aufteilungsschlüssel ergibt sich aus den behördlich genehmigten Einwohnergleichwerten der zu betreuenden Abwasserreinigungsanlagen (Kläranlagen) zuzüglich einem Viertel der Länge aller Kanalstränge und einem Viertel der Anzahl aller Pumpwerke jeder einzelnen Mitgliedsgemeinde.

Daraus resultierend lautet der Aufteilungsschlüssel bei der Verbandsgründung:

Die **Gemeinden Hofkirchen i.M., Oberkappel und Pfarrkirchen i.M.** tragen gemeinsam einen **Kostenanteil von 44,23 %**. Die interne Aufteilung zwischen diesen drei Gemeinden erfolgt nach deren schon bisher bestehenden gemeinsamen vertraglichen Aufteilungsschlüssel.

Die **Gemeinde Neustift** trägt einen **Kostenanteil von 15,33 %**.

Die **Gemeinden Engelhartszell, St. Aegidi und St. Roman** tragen gemeinsam einen **Kostenanteil von 26,99 %**. Die interne Aufteilung zwischen diesen drei Gemeinden erfolgt nach deren schon bisher bestehenden gemeinsamen vertraglichen Aufteilungsschlüssel.

Die **Gemeinde Waldkirchen am Wesen** trägt einen **Kostenanteil von 13,45 %**.

Die Mitglieder entrichten dem Verband vierteljährliche Vorauszahlungen zur Bestreitung der anfallenden Kosten für den laufenden Betrieb. Die jeweilige Vorauszahlung für das zweite Jahresquartal wird um die Beträge der Endabrechnung des voranliegenden Jahres ergänzt bzw. verringert.

Investitionskosten für erforderliche Steuerungsanpassungen

Als Voraussetzung für eine effiziente Arbeit des Verbandes sind vor allem im steuerungstechnischen Bereich an den Kläranlagen und Pumpwerken entsprechende Adaptierungen durchzuführen. Der Gesamtaufwand der Umbaumaßnahmen, die von den Gemeinden jeweils im eigenen Bereich abzudecken sind, wird vom Elektroplanungsbüro Breg mit ca. EUR 450.000,- beziffert. Die pro Gemeinde geschätzten Kosten liegen den Gemeinden vor. Die Abwicklung (Planung, Ausschreibung,...) der entsprechenden Maßnahmen wird zentral vom Verband übernommen.

VEXAT-Maßnahmen (Vorkehrungen betreffend Explosionsschutz) sind in den genannten Investitionskosten nicht inkludiert.

Die Förderung der geplanten Investitionen/Maßnahmen wird mit den entsprechenden Förderstellen abgestimmt.

Gemeindevorstand Kropf fragt wie hoch die laufenden Betriebskosten für die Gemeinde St.Roman sind bzw. ist er der Meinung, dass die Wartung ohnedies durch die Gemeindearbeiter erfolgt und diese auch eine Bereitschaftsentschädigung erhalten und man sich somit diese Kosten ersparen könnte.

Der Bürgermeister führt aus, dass die anfallenden Kosten soweit direkt den Gemeinden zuordenbar auch diesen verrechnet werden. Lediglich die verbleibenden Kosten werden nach dem derzeitigen Aufteilungsschlüssel im Verband bzw. in Folge im bisher schon bestehenden Aufteilungsschlüssel zwischen Engelhartzell, St.Aegidi und St.Roman aufgeteilt. Nach derzeitigen Kostenschätzungen werden sich die Kosten für St.Roman auf ca. 1.800,-- € belaufen. Bezüglich der Bereitschaftsentschädigung weist er darauf hin, dass durch den Beitritt zum Verband die Leistung der Bereitschaft nicht weniger wird. Durch den Verband soll der Betrieb, die Wartung und der Service bestmöglich koordiniert werden und durch die Spezialisierung der Mitarbeiter und die gemeinsame Nutzung der Gerätschaften mittelfristig Kosten eingespart werden.

Der Bürgermeister bringt dem Gemeinderat sodann die vorliegenden Satzungen betreffend „Kanal-Wartungsverband Oberes Donautal“ vollinhaltlich zur Kenntnis und beantragt der Gemeinderat möge dem Beitritt zum „Kanal-Wartungsverband Oberes Donautal“ und die Satzungen für den „Kanal-Wartungsverband Oberes Donautal“ in der vorliegenden Form, sowie die grundsätzliche Bereitschaft zur Durchführung der notwendigen technischen Anpassungen beschließen.

Der Bürgermeister lässt sodann über diesen Antrag abstimmen und bringt die Abstimmung folgendes Ergebnis:

18 Ja Stimmen
1 Nein Stimme (Kropf Christian)

Der Bürgermeister stellt fest, dass dem Antrag somit mehrheitlich zugestimmt wurde.

b) Entsendung von Gemeindevertretern

Der Bürgermeister führt aus, dass entsprechend den Satzungen für den „Kanal-Wartungsverband Oberes Donautal“ Vertreter in die Mitgliederversammlung bzw. in den Vorstand zu entsenden sind. In die Mitgliederversammlung sind von den Gemeinderatsfraktionen entsprechend der Zusammensetzung des Gemeindevorstandes namhaft gemachte Vertreter, sowie je ein Vertreter jener politischen Gruppierungen jeder Gemeinde, die mindestens ein Gemeinderatsmandat besetzen und nicht im Gemeindevorstand vertreten sind in einer Fraktionswahl entsandt werden. In den Vorstand ist ein Vertreter bzw. ein Stellvertreter, der auch das Stimmrecht in der Mitgliederversammlung ausübt, aus dem Kreis der vorangeführten zu entsenden.

Der Bürgermeister stellt fest, dass die Wahl als Fraktionswahl, geheim mittels Stimmzettel, durchzuführen wäre. Da ein gemeinsamer Wahlvorschlag aller Parteien vorliegt, beantragt der Bürgermeister die Wahl mittels Handzeichen vom gesamten Gemeinderat durchzuführen und stimmt der Gemeinderat dem einstimmig, mittels Handzeichen, zu.

Der Bürgermeister bringt dem Gemeinderat sodann den Wahlvorschlag wie folgt zur Kenntnis:

Vertreter in der Mitgliederversammlung:

ÖVP: Vzbgm. Kriegner Norbert
Wimmer Gerhard
Razenberger Markus
BZÖ: Bgm. Berlinger Siegfried
FPÖ: Kropf Christian
SPÖ: Baminger Rudolf

Vertreter bzw. Stellvertreter im Verbandsvorstand:

Vertreter: Bgm. Berlinger Siegfried
Stellvertreter: Razenberger Markus

Der Gemeinderat stimmt dem Wahlvorschlag einstimmig, mittels Handzeichen, zu.

7. Investitionsdarlehen - Änderung Rückzahlungskonditionen

Der Bürgermeister berichtet, dass laut Erlass des Amtes der Oö. Landesregierung, Direktion Inneres und Kommunales vom 18.2.2011, IKD(Gem)-300030/312-2011-Sec, der zins- und tilgungsfreie Zeitraum jener Investitionsdarlehen/Land und -/Bedarfszuweisungen die zum Bau von Wasserversorgungs- und Abwasserbeseitigungsanlagen gewährt wurden bis zum 31. Dezember 2013 verlängert wurde. Er bringt dem Gemeinderat den diesbezüglichen Erlass vollinhaltlich zur Kenntnis.

Der Gemeinderat nimmt den gegenständlichen Erlass vollinhaltlich zur Kenntnis.

8. Darlehensoptimierung

Der Bürgermeister berichtet, dass laut Mitteilung von Herrn Secklehner von der Direktion Inneres und Kommunales vom Amt der Oö. Landesregierung die aktuellen Kontoblätter, sowie neue Tilgungspläne mit einer Gesamtlaufzeit von 33 Jahren für UFG-Siedlungswasserbau-Darlehen zu übermitteln sind. Diese werden dann geprüft, eine Laufzeitverlängerung wäre dann vom Gemeinderat zu beschließen und ein Vollzugsbericht der Direktion für Inneres und Kommunales vorzulegen. Erst nach Vorliegen des Vollzugsberichtes sind die Voraussetzungen für eine weitere Bearbeitung des Antrages auf Gewährung von Bedarfszuweisungsmitteln für den Ausgleich des ordentlichen Haushalts gegeben. Der Bürgermeister berichtet, dass bereits entsprechend abgeänderte Tilgungspläne bzw. Angebote eingeholt wurden und legt er diese dem Gemeinderat zur Einsichtnahme

vor. Er weist darauf hin, dass die Darlehensstreckung zwar kurzfristig eine Entlastung für die Gemeinde darstellt, jedoch über die gesamte Laufzeit gesehen eine erhebliche Mehrbelastung bedeutet. Er weist auch darauf hin, dass das Darlehen für den BA 02 der ABA St.Roman bereits 2016 ausläuft und eine Verlängerung seiner Ansicht nach nicht zweckmäßig ist. Sollte das Land anderer Meinung sein, wird man auch die Unterlagen für dieses Darlehen zur Überprüfung übermitteln. Um eine rasche Abwicklung der Angelegenheit zu ermöglichen schlägt der Bürgermeister vor, im Falle einer Aufforderung des Landes zur Darlehensstreckung für die angeführten Darlehen, bereits heute einen diesbezüglichen Beschluss zu fassen.

Der Bürgermeister beantragt daher der Gemeinderat möge der Darlehensstreckung für die angeführten UFG-Siedlungswasserbau-Darlehen, vorbehaltlich der Aufforderung des Landes, die Zustimmung erteilen.

Der Gemeinderat stimmt dem Antrag des Bürgermeisters einstimmig, mittels Handzeichen, zu.

9. Badekartenermäßigung

Der Bürgermeister berichtet, dass seit 1992 eine 50 %-ige Förderung der Kosten für eine Saisonkarte für Kinder bis zur Vollendung des 15. Lebensjahres im Jahr der jeweiligen Badesaison gewährt wurde. Er schlägt vor, dass diese Regelung insofern abgeändert wird als die Förderung bis zum Jahr der Vollendung des 18. Lebensjahres verlängert wird.

Gemeinderat Kohlbauer ist der Ansicht, dass eine Änderung bzw. Verlängerung der Ermäßigung in der heutigen Zeit nicht notwendig ist.

Der Bürgermeister beantragt sodann der Gemeinderat möge der Badekartenermäßigung für eine Saisonbadekarte bis zum Jahr der Vollendung des 18. Lebensjahres die Zustimmung erteilen und bringt die Abstimmung folgendes Ergebnis:

18 Ja Stimmen
1 Nein Stimme (Kohlbauer Johann)

Der Bürgermeister stellt fest, dass dem Antrag somit mehrheitlich zugestimmt wurde.

10. Förderung Schulaktionen

Der Bürgermeister berichtet, dass in der Gemeinderatssitzung vom 6.7.2001 die Förderung von Schulaktionen dahingehend beschlossen wurde, dass für jede Aktion in der Volks- bzw. Hauptschule und in den ersten 4 Klassen Gymnasium eine Förderung in Höhe von S 250,-- beschlossen wurde. Der Bürgermeister ist der Ansicht, dass diese Regelung nicht mehr zeitgemäß ist bzw. im Sinne der Familienförderung geändert werden sollte. Er könnte sich eine Änderung dahingehend vorstellen, dass pro Tag der Schulaktion eine Förderung in Höhe von € 5,-- gewährt wird.

Nach kurzer Diskussion beantragt der Bürgermeister die Förderung von Schulaktionen dahingehend abzuändern, dass ab kommenden Schuljahr in der Volksschule eine Förderung in Höhe von € 20,-- und in der Hauptschule bzw. in den ersten vier Klassen Gymnasium eine Förderung in Höhe von € 25,--, jeweils für eine Schulaktion pro Schuljahr, gewährt wird.

Der Gemeinderat stimmt dem Antrag des Bürgermeisters einstimmig, mittels Handzeichen, zu.

11. Flächenwidmungsplanänderungen

a) Flächenwidmungsplanänderung Altendorf (Raschau): Der Bürgermeister führt aus, dass auf Antrag der Grundbesitzer Scharinger Gertrude, Altendorf 100 und Kislinger Josef, Jetzingerdorf 3, ein Teil der Grundstücke 460, 470/1 und 470/2, jeweils KG Ried, von Grünland in Wohngebiet umgewidmet werden soll. Es handelt sich dabei um eine Fläche von rund 5.680 m². Laut Funktionsplan zum örtlichen Entwicklungskonzept liegt die betroffene Fläche innerhalb der Siedlungsgrenze die das bauliche Erweiterungsgebiet des Hauptortes definiert. Die Stellungnahme des Ortsplaners D.I. Gerhard Altmann, vom 30.05.2011 liegt ebenfalls vor und wird vom diesem die geplante Widmungsänderung empfohlen. Er legt dem Gemeinderat sodann den Plan zur Flächenwidmungsplanänderung Nr. 27 zur Einsichtnahme vor.

Der Bürgermeister beantragt sodann der Gemeinderat möge der Flächenwidmungsplanänderung Nr. 27 die Zustimmung erteilen.

Der Gemeinderat stimmt dem Antrag des Bürgermeisters einstimmig, mittels Handzeichen, zu.

b) Flächenwidmungsplanänderung Altendorf (Sportzentrum): Der Bürgermeister berichtet, dass über Antrag der Grundbesitzer im Bereich des Sportzentrums eine Erweiterung der bestehenden Sport- und Spielfläche im Ausmaß von 12.457 m² erfolgen soll. Der größte Teil der Umwidmungsfläche entfällt auf das neu geplante Fußball-Hauptspielfeld mit Tribüne. Die Grundstücke wurden von der Gemeinde bereits vorbehaltlich der aufsichtsbehördlichen Genehmigung bzw. der Flächenwidmungsplanänderung angekauft. Die Stellungnahme des Ortsplaners D.I. Gerhard Altmann vom 06. Mai 2011 liegt vor und kann von diesem die Widmungsänderung aus ortplanerischer Sicht empfohlen werden.

Der Bürgermeister beantragt sodann, der Gemeinderat möge der Einleitung des Flächenwidmungsplanänderungsverfahrens Nr. 28 entsprechend vorliegendem Änderungsplan die Zustimmung erteilen.

Der Gemeinderat stimmt dem Antrag des Bürgermeisters einstimmig, mittels Handzeichen, zu.

12. Umstellung Heizsystem Volksschule

Der Bürgermeister berichtet, dass anlässlich der Vorsprache bei Frau Landesrat Mag. Hummer betreffend Schulsanierung auch die Umstellung des Heizsystems in der Volksschule von Heizöl auf eine Nahwärmeanschluss angesprochen wurde. Diese hat dazu erklärt, dass eine Umstellung sicherlich sinnvoll wäre seitens ihrer Abteilung derzeit jedoch keine finanziellen Mittel zur Verfügung stehen. Es müsste daher eine entsprechende Finanzierungsmöglichkeit, eventuell über das Ressort von Landesrat Anschöber, gefunden werden um diese noch heuer durchführen zu können.

Der Bürgermeister informiert den Gemeinderat weiters, dass von der Betreibergemeinschaft ein Angebot vorliegt. Die Anschlussgebühr beträgt dabei netto € 14.700,--. In diesen Kosten ist ein Anschlusswert von 80 kW, das Hausanschlusspauschale (bis 15 m) und der Wärmetauscher enthalten. Für den Wärmebezug wird ein Grundpreis von 19,80/kW, ein Arbeitspreis € 59,42/MWh und ein Meßpreis von € 84,9/Jahr verrechnet. Die Anschlussgebühr und der Arbeitspreis liegen dabei über den Richtsätzen des Landes.

Gemeindevorstand Kropf bemerkt, dass eine Umstellung im Sinne des Umweltschutzes sicherlich sinnvoll wäre jedoch müsste vor einem diesbezüglichen Beschluss auch der tatsächliche Arbeitspreis bekannt sein. Ferner sollte ein einheitlicher Preis für sämtliche Anschlüsse der Gemeinde mit der Betreibergemeinschaft vereinbart werden.

Der Bürgermeister schlägt vor das Heizsystem in der Volksschule von Heizöl auf Biomasse bzw. Nahwärme, unter der Voraussetzung, dass als Anschlusspreis € 170,-- je kW und ein Arbeitspreis, der in etwa dem vom Land vorgegebenen Richtsatz entspricht bezahlt wird, umzustellen. Die Anschlussgebühr müsste bis zur Durchführung der Sanierung gestundet werden oder durch Fördermittel aus dem Ressort von Landesrat Anschober bezahlt werden. Falls die Betreibergemeinschaft dieser Variante zustimmt soll bereits im kommenden Schuljahr auf das neue Heizsystem umgestellt werden.

Der Bürgermeister lässt sodann über die Vorschlag abstimmen und bringt die Abstimmung mittels Handzeichen folgendes Ergebnis:

18 Ja Stimmen

1 Nein Stimme (Kropf Christian)

Der Bürgermeister stellt fest, dass dem Antrag somit mehrheitlich zugestimmt wurde.

13. Vorstellung Projekt Sportzentrum

Der Bürgermeister berichtet, dass nunmehr ein überarbeiteter Planentwurf des Sportzentrums vorliegt. Die Gesamtkosten, inklusive Grunderwerb, belaufen sich dabei auf rund € 847.000,--. Er erläutert dem Gemeinderat sodann im Einzelnen den Planentwurf. Der Planentwurf wurde von der ABH Generalplanung GmbH, Andorf, mit der UNION, unter Einbindung der betroffenen Sektionen erstellt und wurde dem Land bereits zur Vorprüfung übermittelt. Sollte die Stellungnahme positiv sein werden umgehend entsprechende Einreichunterlagen bei der ABH in Auftrag gegeben.

Gemeinderat Grill fragt ob auch das Parkplatzproblem bei der Planung berücksichtigt wird.

Amtsleiter Stadler ist der Ansicht, dass es ein wirkliches Parkplatzproblem lediglich anlässlich des Zeltfestes gibt und nicht bei normalem Sportbetrieb. Die Schaffung neuer Parkplätze nur für das Zeltfest wäre daher im Hinblick auf die Kosten zu bedenken.

Der Bürgermeister bemerkt, dass man sich bezüglich neuer Parkplätze darüber bei einer eventuellen Neuregelung der Zufahrt Gedanken machen wird.

Gemeindevorstand Kropf fragt ob im Zuge der Sanierung auch eine Solaranlage angedacht ist.

Der Bürgermeister weist darauf hin, dass bereits eine Solaranlage montiert ist und gegebenenfalls eine Anpassung erfolgen soll.

Der Gemeinderat nimmt die Planerläuterungen des Bürgermeisters im Übrigen einstimmig zustimmend zur Kenntnis.

14. Errichtung Löschwasserbehälter Lehen

Der Bürgermeister berichtet, dass im Zuge der Begehung am 28.3.2011 die Möglichkeiten der Löschwasserversorgung für die Ortschaften Schnürberg und Wienetsdorf erörtert wurden. Seitens des Landes-Feuerwehrkommandos Oberösterreich wurde das Ergebnis mit Schreiben vom 5.4.2011 mitgeteilt und bringt der Bürgermeister dem Gemeinderat den diesbezüglichen Aktenvermerk vollinhaltlich zur Kenntnis. Er weist darauf hin, dass die Finanzierung des Löschwasserbehälters im Zuge der Vorsprache bei Landesrat Hiegelsberger angesprochen wurde. Landesrat Hiegelsberger hat dabei für das Jahr 2012 eine Bedarfszuweisung in Höhe von € 9.000,-- in Aussicht gestellt. Seitens des Landes-Feuerwehrkommandos wird derzeit eine Maximalförderung von € 9.000,-- gewährt. Die verbleibenden Restkosten sind von den Interessenten bzw. Liegenschaftsbesitzern aufzubringen.

Der Bürgermeister beantragt der Gemeinderat möge einen Grundsatzbeschluss zur Errichtung eines Löschwasserbehälters für die Ortschaften Schnürberg und Wienetsdorf im Jahre 2012 mit vorangeführter Finanzierung die Zustimmung erteilen.

Der Gemeinderat stimmt dem Antrag des Bürgermeisters einstimmig, mittels Handzeichen, zu.

15. Förderung Lehrstellen

Der Bürgermeister führt aus, dass seitens der BZÖ-Fraktion ein Antrag auf Gewährung einer Prämie für Betriebe die Lehrlinge ausbilden eingebracht wurde. Pro Lehrstelle soll nach Abschluss der Lehrabschlussprüfung eine Prämie von € 200,-- und für Absolventen einer Lehre mit Matura eine Prämie von € 500,-- gewährt werden. Nach 3 Jahren soll der Erfolg der Maßnahme evaluiert werden. Als Fördervoraussetzung ist ein Firmensitz in der Gemeinde St. Roman erforderlich. Weiters muss das Kommunalsteueraufkommen des Förderungswerbers zumindest das Doppelte der ausbezahlten Förderung ausmachen. Die Förderung kann mit Eintritt des Lehrverhältnisses beantragt werden und wird nach Nachweis eines erfolgreichen Abschlusses ausbezahlt.

Der Bürgermeister ist der Ansicht, dass eine Förderung von Lehrstellen wichtig ist wobei jedoch eine Änderung des vom BZÖ eingebrachten Antrages ohne weiteres möglich ist.

Gemeinderat Max ist der Meinung, dass eine Lehrstellenförderung derzeit nicht erforderlich ist. Den Betrieben ist bewusst wie wichtig Lehrstellen sind. Es werden von ihnen auch bereits entsprechende Förderungen bzw. Zuwendungen gewährt um Lehrlinge überhaupt zu bekommen und bei entsprechenden Lernerfolg zu motivieren.

Vizebürgermeister Kriegner ist ebenfalls der Ansicht, dass eine Lehrlingsförderung in der beantragten Form derzeit nicht erforderlich ist. Es sollte vielmehr eine direkte Betriebsförderung im Anlassfall gewährt werden, wobei der Gemeinderat darüber im Einzelfall entscheiden sollte.

Der Bürgermeister lässt sodann über vorliegenden Antrag abstimmen und bringt die Abstimmung, mittels Handzeichen, folgendes Ergebnis:

12 Nein Stimmen

4 Ja Stimmen (Bgm. Berlinger Siegfried, Kriegner Christian, Fuchs Franz, Doblinger Johann)

3 Enthaltungen (Grill Alfred, Kropf Christian, Baminger Rudolf)

Der Bürgermeister stellt fest, dass der Antrag somit mehrheitlich abgelehnt wurde.

16. Photovoltaikanlagen auf öffentlichen Gebäuden

Der Bürgermeister berichtet, dass sich der Regionalverband Sauwald aus der Aktion „Photovoltaik auf öffentlichen Gebäuden“ insgesamt 60 kWpeak gesichert hat. Die Gemeinde könnte sich an dieser Aktion beteiligen. Er weist darauf, dass die Gemeinde zur Zeit keine finanziellen Mittel hierfür zur Verfügung hat und wäre eine Errichtung die Inanspruchnahme einer Förderung daher nur auf Basis eines Contracting-Vertrages durch private Interessenten möglich.

Nach eingehender Diskussion wird vereinbart in der nächsten Gemeindeaussendung auf diese Angelegenheit hinzuweisen und sich im Bedarfsfall wieder damit zu beschäftigen.

17. Allfälliges

Der Bürgermeister bringt dem Gemeinderat sodann das Schreiben von Landerat Max Hiegelsberger vom 30.5.2011, LR.Hieg.-085472/53-2011-Ka/WU, betreffend die am Bürgermeistersprechttag vom 19.5.2011 in

St.Martin angesprochenen Projekte der Gemeinde vollinhaltlich zur Kenntnis.

Gemeinderat Mauthner fragt wie es mit der Errichtung eines Feuerwehrhauses für die FF-Kössldorf ausschaut.

Der Bürgermeister führt aus, dass es derzeit Gespräche zwischen den Feuerwehren Kössldorf und Aschenberg bezüglich eines gemeinsamen Projektes gibt. Es soll noch eine Besichtigung bereits bestehender Gemeinschaftsbauten geben und diesbezüglich noch heuer eine Entscheidung geben.

Genehmigung der Verhandlungsschrift über die vorherige Sitzung

Der Vorsitzende stellt fest, dass gegen die während der Sitzung zur Einsicht aufgelegenen Verhandlungsschrift über die letzte Sitzung keine Einwendungen erhoben wurden.

Da die Tagesordnung erschöpft ist und sonstige Anträge und Wortmeldungen nicht mehr vorliegen, schließt der Vorsitzende um 22.50 Uhr die Sitzung.

Schriftführer AL Stadler Johann

Vorsitzender Bgm. Berlinger Siegfried

Der Vorsitzende beurkundet hiermit, dass gegen die vorliegende Verhandlungsschrift in der Sitzung vom 23.09.2011 keine Einwendungen erhoben wurden und diese Verhandlungsschrift daher im Sinne des § 54(5) Oö. GemO 1990 als genehmigt gilt.

Gemeinde St.Roman, 23.09.2011

Vorsitzender Bgm. Siegfried Berlinger

Gemeinderat (ÖVP-Fraktion)

Gemeinderat (SPÖ-Fraktion)

Gemeinderat (FPÖ-Fraktion)